

### **IW-Reformbarometer**

#### **Arbeitsmarktpolitik bringt Pluspunkte**

Die reformpolitische Großwetterlage hat sich auf den ersten Blick zuletzt deutlich verbessert. Zwischen Mai und Juni 2004 stieg das Reformbarometer – ein Gemeinschaftsprojekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Zeitschrift Wirtschaftswoche – um fast zwei Zähler auf 108 Punkte. Nur im Januar dieses Jahres hatte der im September 2002 mit einem Ausgangswert von 100 gestartete Indikator einen noch höheren Stand erreicht. Der aktuelle Höhenflug ist allerdings ausschließlich auf eine bessere Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen – und hier vor allem auf den kürzlich unterzeichneten Ausbildungspakt. Dieser ließ den Teilindikator Arbeitsmarktpolitik im Juni um 6,7 auf 118,2 Punkte steigen. Für zusätzlichen Schwung sorgte die Bundesregierung mit ihrem 29-Punkte-Programm zum Bürokratieabbau.

Auf dem Teilgebiet der Steuer- und Finanzpolitik bricht der IW-Indikator dagegen um weitere 1,4 Zähler auf den vorläufigen Jahrestiefstand von 94,3 Punkten ein. Ein Grund hierfür ist, dass Rot-Grün trotz der Finanzierungslücke im diesjährigen Bundeshaushalt von voraussichtlich 10 Milliarden Euro nicht weiter sparen, sondern eher neue Schulden aufnehmen will. Zudem sieht die mittelfristige Finanzplanung des Bundes vor, die für das künftige Wirtschaftswachstum wichtigen Investitionen bis 2008 von 24,6 auf 20,8 Milliarden Euro einzudampfen. Im Bereich Sozialpolitik verharret das IW-Reformbarometer zwar bei 111,2 Punkten. Künftig könnte der Wert allerdings drastisch sinken – z.B., wenn das alles andere als investitions- und beschäftigungsfreundliche Konzept der Bürgerversicherung in die Tat umgesetzt würde.

**Gesprächspartner im IW:** Dr. Benjamin Scharnagel, Telefon: (02 21) 49 81-7 87



# Heiter bis wolkig

**Das reformpolitische Klima zeigt sich derzeit recht uneinheitlich. Zwar ist das IW-Reformbarometer im vergangenen Monat auf den zweithöchsten Stand seit September 2002 geklettert. Die positiven Signale kamen jedoch ausschließlich von der Arbeitsmarktpolitik, wo der freiwillige Ausbildungspakt und ein Programm zum Bürokratieabbau den Index steigen ließen. Für Katerstimmung sorgt dagegen die Finanzpolitik. Zudem droht neues Ungemach, sollte die gesetzliche Krankenversicherung tatsächlich in eine Bürgerversicherung umgewandelt werden.\*)**

Auf den ersten Blick präsentiert sich die reformpolitische Großwetterlage derzeit so freundlich wie selten zuvor in den vergangenen zwei Jahren (Grafik):

**Zwischen Mai und Juni 2004 stieg das IW-Reformbarometer um fast zwei Zähler auf 108 Punkte. Nur im Januar dieses Jahres erreichte die Säule einen höheren Wert.**

Der Indikator des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und des Magazins Wirtschaftswoche misst seit September 2002 die Veränderungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen hierzulande. In die Auswertung gehen Kabinettsbeschlüsse ebenso ein wie Gesetzentwürfe, Änderungen während des Gesetzgebungsprozesses sowie verabschiedete Gesetze.

Was den Reformindex in den vergangenen Monaten im Einzelnen bewegte: **1. Arbeitsmarktpolitik.** Der aktuelle Höhenflug des Barometers ist ausschließlich auf eine bessere Arbeitsmarktpolitik

zurückzuführen – und hier vor allem auf die Nachricht, dass Bundesregierung und Wirtschaftsverbände einen freiwilligen Ausbildungspakt unterzeichnet haben. In dem Abkommen verpflichten sich die Verbände, im Jahreschnitt 30.000 neue Ausbildungsstellen bei den Unternehmen einzuwerben. Zudem will die Wirtschaft pro Jahr 25.000 Plätze für so genannte Einstiegs-Qualifizierungen schaffen. Diese geben den Jugendlichen die Chance, den Beruf kennen zu lernen, und werden zum Teil auf anschließende Ausbildungen angerechnet.

Neue Perspektiven bietet der Pakt auch all jenen, die im September noch ohne Lehrstelle dastehen. Sie können künftig bei der Bundesagentur für Arbeit einen Kompetenzcheck durchlaufen. Nach dem Profiling werden den unverorgten Jugendlichen Qualifizierungsangebote unterbreitet, welche die individuellen Schwächen ausbügeln sollen.

Mit diesen freiwilligen Vereinbarungen ist die umstrittene Ausbildungsplatzabgabe erst einmal vom Tisch.

**Der Teilindikator Arbeitsmarktpolitik stieg dadurch im Juni um 6,7 auf 118,2 Punkte.**

Für zusätzlichen Schwung sorgte die Bundesregierung mit ihrem 29-Punkte-Programm zum Bürokratieabbau. Das Papier sieht beispielsweise vor, die Arbeitsstättenverordnung weniger starr verbindlich zu formulieren. Darüber hinaus soll in Zukunft nur noch eine Institution kontrollieren, ob die Un-

ternehmen die Arbeitsschutzbestimmungen erfüllen – bislang schauen bei den Betrieben sowohl die Prüfer der Gewerbeaufsicht als auch der Berufsgenossenschaften vorbei.

Die Kabinettspläne wären für die Wirtschaft, der Jahr für Jahr durch die staatliche Bürokratie laut Institut für Mittelstandsforschung Ausgaben von schätzungsweise 46 Milliarden Euro entstehen, zumindest eine kleine Erleichterung. Allerdings muss die Amtschimmel-Diät noch durch das Gesetzgebungsverfahren.

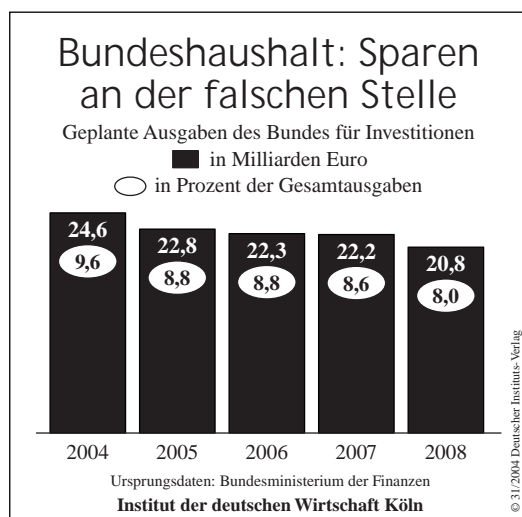
**2. Steuern und Finanzen.** So erfreulich die Meldungen von der Arbeitsmarktpolitik sind, so katastrophal klingen die Nachrichten in puncto Steuern und Finanzen. In des Trauerspiels erstem Akt musste Rot-Grün erklären, dass im Bundeshaushalt 2004 eine weitere Finanzierungslücke von schätzungsweise 10 Milliarden Euro klafft. Verantwortlich dafür sind neben den konjunkturbedingten Steuerausfällen insbesondere der geringere Gewinn der Bundesbank, das Debakel bei der Lkw-Maut sowie die bislang nur spärlich fließenden Einnahmen aus der Steueramnestie für Kapitalflüchtlinge.

Diesem finanzpolitischen Offenbarungseid zum Trotz möchte die Bundesregierung jedoch nicht stärker sparen. Stattdessen werden wohl neue Schulden aufgenommen. Eingeplant ist im Bundeshaushalt für 2004 noch eine Nettokreditaufnahme von 29,3 Milliarden Euro. Diese könnte angesichts der zusätzlichen Etatlücke auf rund 40 Milliarden Euro anwachsen.

Der zweite Akt – die mittelfristige Finanzplanung – bringt ebenfalls nichts Gutes (Grafik):

**Bis 2008 will der Bund seine Investitionen von 24,6 Milliarden auf 20,8 Milliarden Euro eindampfen.**

Der Anteil der für das künftige Wirtschaftswachstum so wichtigen Investitionen an den Gesamtausgaben fällt dadurch von 9,6 auf nur noch 8 Prozent. Dagegen sollen die Sozialleistungen, die



allein im Jahr 2003 mehr als jeden zweiten Euro der öffentlichen Hand verschlungen, von Kürzungen verschont bleiben. Der Bundeshaushalt gerät damit weiter in eine bedenkliche Schiefelage zulasten der investiven Ausgaben.

**Der Teilindikator Steuer- und Finanzpolitik bricht daher um weitere 1,4 Zähler auf den vorläufigen Jahrestiefstand von 94,3 Punkten ein.**

**3. Sozialpolitik.** Zwar passierten der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenversicherung sowie das Alterseinkünftegesetz die parlamentarischen Hürden. Weil jedoch beide Maßnahmen schon im Januar in das IW-Reformbarometer eingeflossen sind, verharrte der Teilindikator bei 111,2 Punkten. Künftig könnte in den Sozialbereich allerdings jede Menge Musik reinkommen:

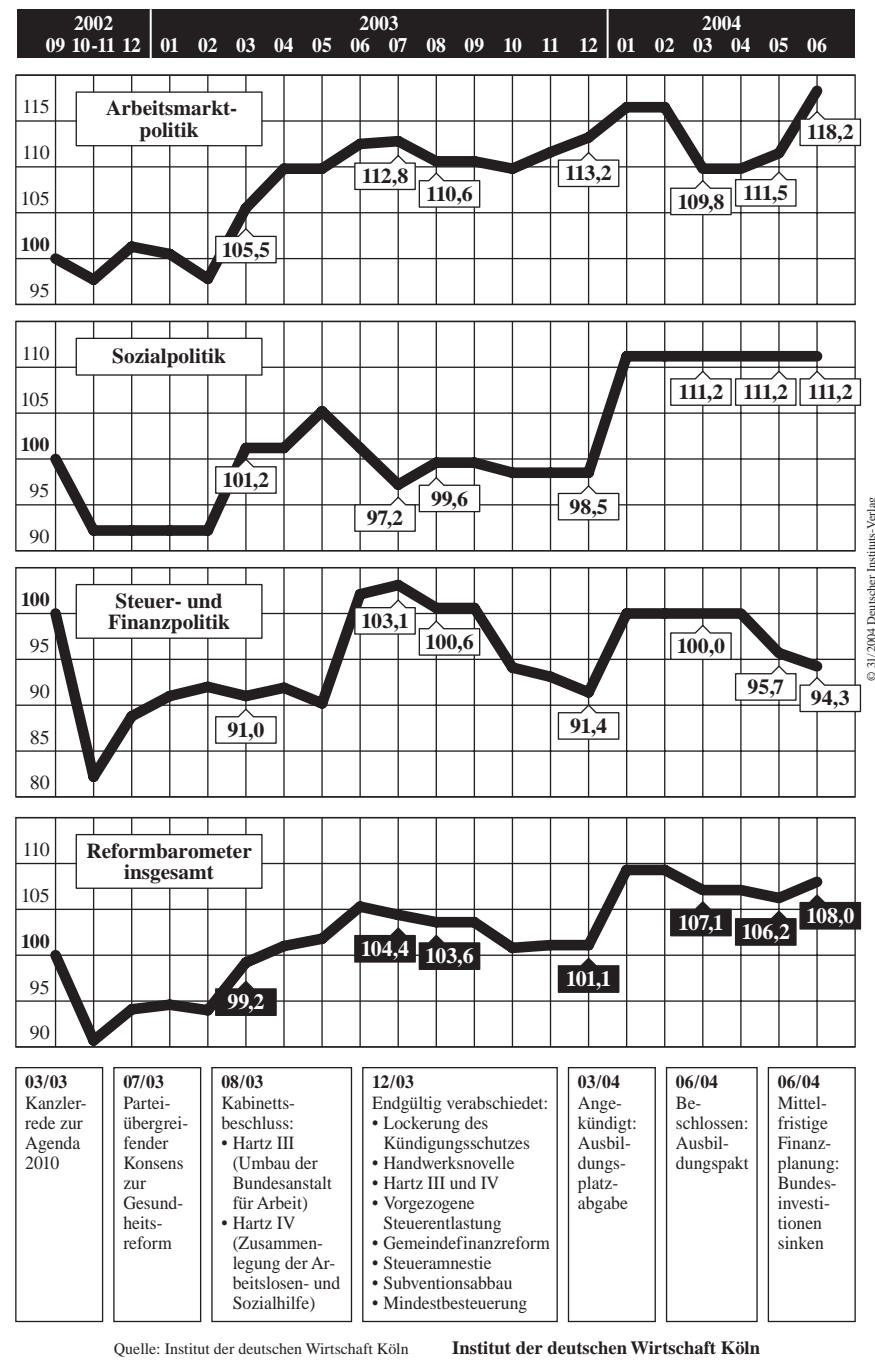
- In den Regierungsparteien mehren sich die Stimmen, noch vor der nächsten Bundestagswahl die gesetzliche Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung umzubauen. Erste Eckpunkte für einen Gesetzentwurf will eine Arbeitsgruppe der SPD im Herbst dieses Jahres erarbeiten. Momentan liegen noch keine Details auf dem Tisch – nur die Grundidee ist klar: In die Bürgerversicherung werden neben den bislang gesetzlich Versicherten auch Selbstständige und Beamte gezwungen sowie Arbeitnehmer, deren Einkommen derzeit jenseits der Versicherungspflichtgrenze liegt. Die Beiträge bemessen sich nicht nur nach dem Arbeitsentgelt, sondern auch nach der Höhe der Zins- und Mieteinnahmen.

Sollten die rot-grünen Gedankenspiele zur Bürgerversicherung konkreter werden, dürfte das Reformbarometer drastisch fallen. Das Konzept hat nämlich einige schwer wiegende Mängel. So bleibt ein elementarer Konstruktionsfehler der gesetzlichen Krankenversicherung bestehen: Steigende Krankenversicherungsbeiträge treiben weiterhin die Personalzusatzkosten in die Höhe – zum Leidwesen des Arbeitsmarktes. Zudem sind die Beiträge auf Kapitaleinkünfte alles andere als investitions- und damit beschäftigungsfreundlich (vgl. iwD 25/2004).

- Bei der Pflegeversicherung gibt es gleich in zweierlei Hinsicht Handlungs-

## IW-Reformbarometer: Arbeitsmarktpolitik sorgt für Bewegung

Der Indikator beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik und der Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verändern. September 2002=100, Werte über 100: Verbesserungen, Werte unter 100: Verschlechterungen



bedarf. Zum einen muss die jüngste Säule der sozialen Sicherung rundum renoviert werden, weil die angesparten Finanzreserven spätestens im Jahr 2006 aufgezehrt sind. Zum anderen hat das Bundesverfassungsgericht die Regierung verpflichtet, ab dem kommenden Jahr Eltern gegenüber kinderlosen Versicherten beim Beitrag „relativ“ zu entlasten.

Wie das Urteil aus Karlsruhe umgesetzt wird, darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die momentan diskutierten Pläne sehen vor, den Arbeitnehmeranteil der Kinderlosen von heute 0,85 Prozent auf 1,1 Prozent zu erhöhen. Der Arbeitgeberanteil soll unverändert bleiben.

\*) Die ausführlichen Auswertungen des IW-Reformbarometers sind abrufbar unter:  
[http://www.iwkoeln.de/Aktuelles/frs\\_aktuelles\\_iwstatements.htm](http://www.iwkoeln.de/Aktuelles/frs_aktuelles_iwstatements.htm)